

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 456

Einwohnerratssitzung vom Montag, 21. November 2016, 19.00 Uhr im Kultur- und Sportzentrum

Anwesend	35/36 Personen des Einwohnerrates 6 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Andrea Klein, Andreas Moldovanyi (anwesend ab 19.30 Uhr), Simone Schaub und Fredi Wiesner Gemeinderat: Rolf Wehrli
Vorsitz	Jens Dürrenberger
Protokoll	Katarina Hammann
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|-----|--|------|
| 1. | Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Havarien bei CABB“ | 3025 |
| 2. | Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „CABB: Fortsetzung der Serie Pleiten, Pech und Pannen“ | 3026 |
| 3. | Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 2. Lesung | 3009 |
| 4. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Trauungen im Schloss“ | 3010 |
| 5. | Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Kein Schmutzwasser“ | 3011 |
| 6. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Lärmsanierung von Gemeindestrassen“ | 3014 |
| 7. | Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Gebührenbefreiung Strassenfeste“ | 3015 |
| 8. | Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car in Pratteln“ | 3019 |
| 9. | Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Rohner AG und die Schulden“ | 3020 |
| 10. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Begrüssung durch Jens Dürrenberger, Präsident

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse herzlich zur 456. Einwohnerratssitzung. Speziell begrüsse ich den neuen Einwohnerrat **Urs Baumann**, FDP (nachgerückt für Martina Häring). An dieser Stelle bedanke ich mich für die konstruktive Kritik bezüglich der letzten Einwohnerratssitzung.

Präsenz

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Mitteilungen

- Der **neue Sitzplan** liegt auf.
- **Interpellation Nr. 3012, SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „SBB Ausbaupläne und SBB Interessenslinien“**: Interpellationen werden in der Regel an der nächsten Sitzung traktandiert (3.1.7.3.). Ausnahmsweise wurde dies nicht gemacht, da der Gemeinderat noch nicht die Antworten liefern kann; die Beantwortung länger Zeit braucht und von den Antworten der SBB abhängt. Der Vorstoss wurde gleichzeitig mit dem letzten Beschlussprotokoll auf der Homepage veröffentlicht. Die Beantwortung der Interpellation wird im Januar traktandiert sofern eine Sitzung stattfindet. Der Vorstoss wird dann gemeinsam mit den sonstigen Vorlagen der Geschäftsliste verschickt.
- Es wurden **keine Anträge zum Aufgaben- und Finanzplan** eingereicht.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat der SP-Fraktion, Eva Keller-Gachnang, betreffend „Schnellzugshalt in Pratteln“ vom 07. November 2016
- Postulat der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Fabienne Zahnd, betreffend „Sicherer Schulweg zum Grossmattschulhaus, vom Weiherweg her kommend.“ vom 08. November 2016
- Interpellation der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Abbruch des Piratenschiffs: Wie weiter?“ vom 15. November 2016
- Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Havarien bei CABB“ vom 16. November 2016
- Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „CABB: Fortsetzung der Serie Pleiten, Pech und Pannen“ vom 16. November 2016
- Interpellation der SP-Fraktion, Mauro Pavan, betreffend „Zolli-Besuche durch Schulklassen“ vom 21. November 2016

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

3025 Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Havarien bei CABB“ vom 16. November 2016

Verfahren: Zuerst ist zu entscheiden, ob der Dringlichkeit zugestimmt wird; es folgt die Diskussion zur Dringlichkeit.

Gert Ruder: Es kann die Rede von einem Ereignis, von einem Störfall, von Havarien, von Unfall, von Gefahrenpotential, von potentiellen Risiken oder von tragbaren Risiken sein. Ein Unfall definiert die Störfallverordnung folgendermassen: 1 bis 10 Tote gelten noch als ein Unfall, 10 bis 50 Tote sind ein Grossunfall und ab 50 Toten, ist es eine Katastrophe. Um das geht es nicht. Am Dienstag, den 15. November 2016 war der sechste meldepflichtige Unfall seit 2010. Vor zwei Jahren endete ein Unfall in der gleichen Firma nach einer Explosion mit einer Todesfolge. Ebenfalls wurde im Jahr 2014 aufgrund von unkontrolliertem Einleiten von Wasser der CABB die ARA verunreinigt. Die Folge war ein unerträglicher Gestank in der Gemeinde und der ganzen Region. In diesen Vorfällen war die Rede von Chlorsulfonsäure, von anderem Zeug und von Chlor. Auch im Landrat hat man über das Chlor geredet. Chlor ist ein chemisches Element und ist unabdingbar für alle möglichen chemischen Prozesse. Es ist absolut nicht sinnführend, wenn ein Lehrer, ehemaliger Grüner, jetzt ist er laut meinem Wissen unabhängig, beim Landrat nur das Geschichtsbuch hervornimmt und von Kampfgasen redet und nicht das Chemiebuch nimmt, um nachzuschauen, für was man das Chlor sonst noch braucht. Ebenso wenig ist es zielführend, wenn von der rechtsbürgerlichen Seite der Fraktionssprecher die Sache verharmlosen will und sagt, dass es nichts Gefährliches sein kann, wenn es im Schwimmbad zur Entkeimung von Badewasser dient. Denjenigen mit dieser Haltung schlage ich vor, sich beim Bademeister zu erkundigen, was er selber und sein Personal für ein Aufwand betreiben, damit Personal und Badegäste sicher vor diesem Gas sind. Nicht interessant sind die genannten entwichenen 100 Gramm von dem Chlor, dass am 15. November 2016 entwichen ist, auch ist nicht interessant in welcher Dosis dieses Chlor tödlich sein könnte, sondern bedeutend und wesentlich ist der Vertrauensverlust der Bevölkerung in diese Firma, welche offenbar nicht fähig ist, die betriebsinternen Abläufe und Prozesse eigenverantwortlich zu steuern, damit sich die Unfallzahlen deutlich verringern. Dieser Vertrauensverlust ist nicht nur 100 Gramm schwer, sondern Hunderte Tonnen schwerer als das entwichene Gas. Die Steigerung der Unfallhäufigkeit bei der CABB seit dem Jahr 2010 ist nahezu Deckungsgleich mit dem Verkauf an die verschiedenen Finanzgesellschaften. Offenbar ist bei den diversen Besitzerwechsel, die ursprünglich vorhandene Betriebssicherheit und Sicherheitskultur der damaligen SM Chem, früher Säurefabrik, wenigstens teilweise, wenn nicht sogar ganz auf der Strecke geblieben. Der Regierungsrat und die Behörden, wie zum Beispiel das Chemieinspektorat, sind nun aufgefordert, tätig zu werden und sollen sich nicht hinter der Ausrede der betrieblichen Eigenverantwortung verstecken. Ich empfehle dringend, mittels externen Sicherheitsanalysen die Betriebssicherheit der CABB wieder so herzustellen, wie es früher einmal war. Ich bitte der Dringlichkeit dieser Interpellation zuzustimmen, denn wir wollen jetzt Antworten und nicht erst in ein paar Wochen. Ich zitiere noch einen Originaltext aus der Homepage der Firma CABB unter dem Titel Nachhaltig wirtschaften: „Wir verfolgen ein ganzheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit, das von Energie- und Ressourcenverbrauch und der Reduktion von Emissionen bis zu Unfallvermeidung und der Förderung und Weiterbildung unserer Mitarbeiter reicht.“ So viel die Herrenziele dieser Firma. Jetzt sollen sie aber endlich Taten folgen lassen.

Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Der Rat stimmt mit 34 Ja bei 1 Enthaltung der Dringlichkeit zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 24).

3026 Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „CABB: Fortsetzung der Serie Pleiten, Pech und Pannen“ vom 16. November 2016

Verfahren: Zuerst ist zu entscheiden, ob der Dringlichkeit zugestimmt wird; es folgt die Diskussion zur Dringlichkeit.

Thomas Sollberger: Ich schliesse mich mehrheitlich dem Votum von Gert Ruder an und bitte den Rat, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Der Rat stimmt mit 34 Ja bei 1 Enthaltung der Dringlichkeit zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 24).

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses: Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach der Informationsveranstaltung zum neuen Aufgaben- und Finanzplan nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Informationsveranstaltung zum neuen Aufgaben- und Finanzplan

Es findet eine Präsentation zum neuen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) statt (Folien siehe Anhang 1 bis 10).

GP Stephan Burgunder: Mein Ziel ist gestalten und nicht verwalten. Ein erster, grosser und wichtiger Schritt in der Gestaltung ist dieser neue AFP. Wenn man den neuen AFP mit dem alten, verstaubten Budget vergleicht, dann haben wir einen echten Meilenstein erreicht. Das Kernstück des Papiers sind die dreiundzwanzig Aufgabenfelder mit klaren Zielen und Plänen. In der Vergangenheit ist nur die reine Budgetierung im Vordergrund gestanden. Neu sind es Aufgaben und Wirkungen. Wir kommen weg vom Erbsen zählen und neu zur Globalbudgetierung. Das ist nicht ganz einfach, aber wir schaffen das. Ein zweiter und wichtiger Teil vom neuen AFP ist der Finanzplan bis 2021. Zusammen mit dem Investitionsprogramm sieht man, dass die Herausforderungen in unserer Gemeinde nicht kleiner werden. Ich bin auch hier zuversichtlich, dass wir das in Zukunft positiv gestalten können. Zwei Sachen fehlen noch: Die langfristige Perspektive und die Legislaturziele. Der Gemeinderat ist zusammen mit der Entwicklungskommission in der finalen Phase der Perspektiven 2027. Zusammen haben wir erarbeitet, wie wir Pratteln im Jahr 2027 sehen. „Wir“ sind nicht nur der vergangene und jetzige Gemeinderat, sondern auch der Einwohnerrat unter Einbezug der einzelnen Fraktionen. Es war ein intensiver und spannender Prozess. Der zweite wichtige Schritt, wenn wir die Perspektiven haben, sind die Legislaturziele, ein bisschen verkürzt, 2017 bis 2020, die aus den Perspektiven abgeleitet werden. Es ist mir klar, dass der normale Strategieprozess oben mit den langfristigen Perspektiven anfängt und dann mit den Legislaturzielen folgt. Dies war dieses Mal noch nicht möglich. Trotzdem ist der neue AFP ein grossartiges Papier. Ich bedanke mich bei allen, die am neuen AFP intensiv mitgearbeitet haben: Beim Gemeinderat der letzten Legislatur, bei den einzelnen Fraktionen, bei der Entwicklungskommission unter der Leitung von Patrick Weisskopf, bei Thomas Bichsel, PuMaConsult GmbH und ganz

besonders bei den Mitarbeitenden der Verwaltung, die mehr als eine Extra-Meile gegangen sind, damit das Papier rechtzeitig bei der RPK sein konnte. Ich fordere euch auf, dass Papier intensiv zu studieren, euch kritisch damit auseinanderzusetzen und uns Verbesserungspotential mitzugeben. Wir sind davon überzeugt, dass uns der erste Entwurf gut gelungen ist.

Patrick Weisskopf: Es ist mir eine Ehre kurz eine Einführung zum neuen AFP zu machen und zwar nach einer Retroperspektive; was bisher alles gelaufen ist und wie es dazu gekommen ist. Am Anfang stand der Vorstoss von Dieter Stohler, FDP, betreffend Globalbudgetierung. Dies wurde vom Einwohnerrat angenommen und im Dezember 2014 hat ein Kick-off-Meeting stattgefunden mit den Mitgliedern der damaligen Sonderkommission Politische Steuerung. Das Ziel war, eine für Pratteln zugeschnittene Lösung zu finden, die breit abgestützt, nachhaltig und finanzierbar ist. Eine Lösung mit der man die langfristige Entwicklung besser abstützen kann, in dem man auch den Einwohnerrat vermehrt darauf ausrichtet, über die Legislatur hinaus in die Zukunft zu schauen (10 Jahre), wie sich Pratteln entwickeln kann und um aktiv zu partizipieren. Damit sollte auch die Kommunikation zwischen der Exekutiven und Legislativen verbessert werden, denn damals waren auch nicht alle Fraktionen des Einwohnerrates beim Gemeinderat vertreten, was oft dazu geführt hat, dass Sachen verhindert wurden und es Leerläufe gegeben hat. Deshalb hat man gesagt, wenn gut kommuniziert und transparent gearbeitet wird, können wir gemeinsam diese Ziele erreichen. Wir sind also nach dem Motto vorgegangen: *„Wenn du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer“* (Zitat Antoine de Saint-Exupéry). Bei den folgenden vier Workshops haben wir Grundlagen festgelegt, was wir erreichen wollen und wie dies gehen soll. Dies hat wiederum zu Reglementsanpassungen geführt, welche letztes Jahr im Rat verabschiedet wurden. Jetzt arbeitet die Entwicklungskommission daran, die längerfristige Ausrichtung von Pratteln in 10 Jahren mit Visionen und Leitzielen zu entwickeln. Weiter werden dann die Legislaturziele entwickelt.

Thomas Bichsel: Ich führe den Rat durch den AFP, um aufzuzeigen, was wo steht, was man damit machen und wie man den AFP lesen kann. Ich werde keine inhaltliche politische Wertung machen; dies ist Aufgabe des Einwohnerrates. Auf der Zeitachse (Anhang 6) sieht man die neuen Instrumente; „Pratteln in 10 Jahren“ (in Arbeit bei der Kommission), die Legislaturziele (wird neu vom Einwohnerrat beschlossen, ca. Juni 2017) und den Aufgaben- und Finanzplan, den wir heute zusammen behandeln. Über den neuen Geschäftsbericht wird der Einwohnerrat das erste Mal im Frühsommer 2018 beraten. Der Einwohnerrat hat bereits am 29. Juni 2015 die Teilrevision vom Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) beschlossen und die Grundsätze festgelegt, unter anderem vom AFP. Wie dem § 9d (Anhang 7) entnommen werden kann, umfasst der AFP die nächsten fünf Rechnungsjahre: Das Budgetjahr plus noch weitere vier Planungsjahre. Der AFP beinhaltet den Leistungsauftrag (Ziele, Inhalte) und das Globalbudget pro Aufgabenfeld. Insgesamt hat der AFP dreiundzwanzig Aufgabenfelder. Die Aufgabenfelder wurden im Einwohnerrat am 14. Dezember 2015 festgelegt und gleichzeitig wurde der Gemeinderat beauftragt, diese umzusetzen und den neuen AFP nach den dreiundzwanzig Aufgabenfeldern zu gliedern (Anhang 8). Wenn der Einwohnerrat zukünftig findet, dass ein Aufgabenfeld nicht mehr treffend ist; beispielsweise man soll ein bestimmtes Aufgabenfeld aufheben, neu kreieren, zwei Aufgabenfelder zusammenlegen oder man ein Aufgabenfeld aufteilen soll, kann der Rat mit einer Planungsmotion eine Änderung beantragen. Der Beschluss braucht dann eine Zweidrittelmehrheit, damit der Gemeinderat die Änderung spätestens im übernächsten AFP umsetzen kann. Das heisst, wenn im Dezember 2016 eine Planungsmotion eingereicht und überwiesen wird, wird die neue Gliederung im AFP 2019 umgesetzt.

Thomas Bichsel führt durch die Broschüre „Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021“ und gibt Erläuterungen dazu.

Auf der ersten Seite findet man das Inhaltsverzeichnis (Anhang 9). Unter Ziffer 2 sind politische Aussagen des Gemeinderates enthalten, zur Entwicklung von Pratteln, wo die Schwerpunkte der Ziele der Planperiode sind und die finanzielle Entwicklung usw. Unter Ziffer 3 sind die dreiundzwanzig Aufgabenfelder dargestellt. Alle Aufgabenfelder sind mit der gleichen Methodik dargestellt. Unter Ziffer 4 findet man die Anträge, die man bereits im alten Budget gefunden hat. Unter Ziffer 5 findet man alle wichtigen Anhänge. Eine Lesehilfe zu den Aufgabenfeldern (Anhang 10) findet man, indem man den Buchrücken (ganz hinten im AFP) aus- und leicht wieder einklappt. Bei der Lesehilfe sind alle Rubriken und Inhalte der einzelnen Aufgabenfelder mit Erläuterung dargestellt, formal alle mit der gleichen Methodik und Systematik.

Thomas Bichsel erläutert ein konkretes Beispiel (Aufgabenfeld 14) anhand des neuen Aufgaben- und Finanzplanes.

Der Einwohnerratspräsident dankt für die Präsentation.

Präsenz: Es sind inzwischen 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19, das 2/3-Mehr 24 Stimmen.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 3025

Dringliche Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Havarien bei CABB“

Stephan Burgunder: Der Gemeinderat ist genau wie die Bevölkerung ebenfalls unzufrieden mit der Häufung der Ereignisse bei der Firma CABB. **Frage 1:** Wann, wie oft, bei wem und in welcher Form ist der Gemeinderat bei der Firma CABB vorstellig geworden und welche Antwort hat er dabei von wem erhalten? Ich selbst war nach dem Ereignis vom 5. Oktober 2016 am nächsten Tag (6. Oktober) vor Ort und konnte mir ein erstes Bild machen. Am 13. Oktober waren dann der zuständige Gemeinderat für Sicherheit Urs Hess und ich bei der CABB. Von der CABB waren anwesend: Dr. Robert Dahinden, Standortdirektor, Dr. Thomas Eizenhöfer, General Manager und VR-Mitglied der CABB AG und Uwe Herfet, Head Global HSEG (Qualitätssicherung). Grober Inhalt des Gesprächs: Präsentation der CABB, Sicherheit im Allgemeinen und das Ereignis vom 5. Oktober 2016. Nach dem Gespräch gab es eine Begehung und wir konnten uns vor Ort ein Bild machen. GR Urs Hess und ich hatten einen guten Eindruck und waren mit dem Inhalt des Gesprächs zufrieden. Unter anderem wurde vereinbart, dass wir jeweils zeitgerecht und direkt informiert werden. Am 14. November 2016 wurden der Gemeindepräsident von MuttENZ, Peter Vogt, und ich über das Ereignis vom 14. November zeitnah informiert. Am 15. November 2016 hatte ich telefonischen Kontakt mit Herrn Dr. Robert Dahinden. Der nächste Termin wird am 23. November 2016 sein. Da ein Strafverfahren eingeleitet wurde, darf die Firma CABB keine weiteren Informationen zu den Vorfällen geben. Wie gesagt, GR Urs Hess und ich waren mit den Antworten zufrieden und haben dies so dem Gemeinderat berichtet. **Frage 2:** Wann, wie oft, bei wem und in welcher Form ist der Gemeinderat bei den zuständigen kantonalen Behörden vorstellig geworden. Welche Fragen wurden durch den Gemeinderat gestellt und von wem wurden diese beantwortet? Bei der Bewältigung von grösseren Ereignissen, welche über das Firmengelände hinaus Auswirkungen haben, ist das Kantonale Schadenplatzkommando mit

den spezifischen Fachspezialisten im Einsatz. Ich hatte mit Herrn Gregor Pfister, Leiter des Sicherheitsinspektorates, am 15. November Kontakt. Er hat mir bestätigt, dass es sich bei den letzten Ereignissen um lokale Ereignisse bei der Inbetriebnahme der neuen Elektrolyse-Anlage handelt. Diese Ereignisse sind nicht meldungspflichtig. Gregor Pfister resp. das Sicherheitsinspektorat ist fast täglich vor Ort. Ebenfalls das KIGA und die SUVA. Gemäss seinen Aussagen bestand für Mensch und Umwelt zu keinem Zeitpunkt Gefahr, da das Ereignis nur innerhalb des Gebäudes war. Ausserhalb des Gebäudes wurde nichts gemessen. **Frage 3:** *Ist der Gemeinderat von den Antworten die er von den übergeordneten Behörden und der Firma CABB erhalten hat, befriedigt oder macht er sich wie Teile der Bevölkerung weiterhin Sorge um die Betriebssicherheit? Was gedenkt der Gemeinderat in dieser Sache weiter zu tun?* Der Gemeinderat versteht die Sorge der Bevölkerung. Die Häufung der Ereignisse ist ungewöhnlich und nicht akzeptabel. Der Gemeinderat hat Vertrauen in das Sicherheitsinspektorat als Aufsichtsbehörde, welches fast täglich zusammen mit dem KIGA und der SUVA vor Ort ist. In Zusammenarbeit mit der Firma CABB werden die Betriebsabläufe kontrolliert und die Betriebssicherheit erhöht. Vom Hauptkonzern ist der oberste Sicherheitschef im Werk Schweizerhalle, um die Prozessabläufe und die Anlage zu prüfen und die Sicherheit zu gewährleisten. Der Gemeinderat wird weiterhin mit der Geschäftsleitung und den Kantonalen Behörden im Austausch stehen und gegebenenfalls bei den Behörden und der Regierung weitere Massnahmen fordern.

Gert Ruder wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit einer Enthaltung zu.

Gert Ruder: Ich bedanke mich für die ausführliche Beantwortung meiner Fragen beim Gemeinderat. Ich stelle fest, dass auch der neue Gemeindepräsident tätig geworden ist und bei der Firma vorstellig wurde. Dass er sich allerdings mit den erteilten Antworten zufrieden gibt, enttäuscht mich. Es ist nicht alltäglich, dass in einer Firma in so einer kurzen Zeitspanne solche Unfälle passieren. Klar ist auch, dass aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Strafverfahren, es dazu nicht viel zu sagen gibt. Ich erinnere aber, dass vor rund 2 Jahren ein Mitarbeiter der gleichen Firma, bei einer Explosion verstorben ist, obwohl er eigentlich in dem Moment unfallkrank war (gehbehindert, lief auf Stöcken) aber vom Arbeitgeber aufgefordert wurde, trotzdem an seinem Arbeitsplatz zu erscheinen. Meine Vermutung ist, dass dieser Mitarbeiter sich aufgrund seiner Gehbehinderung nicht schnell genug aus dem Gefahrenbereich entfernt hat und deshalb leider tödlich verunfallt ist. Stellen sie sich vor; ein Arbeitgeber ruft seinen Mitarbeiter auf in einer chemischen Produktion zu arbeiten, obwohl dieser nicht genügend bewegungsfähig ist. Dies ist bei weitem nicht dasselbe, wie wenn ein Mitarbeiter freiwillig mit einem lädierten Knie im Büro arbeitet und das Bein noch hochlagern kann. Leider braucht die Staatsanwaltschaft lange, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Es nimmt mich Wunder, was sich dabei herausstellen wird. Vermutlich wird der Hauptschuldige derjenige sein, der jetzt tot ist. Wenn eine Firma solch eine Kultur der Unfallverhütung treibt, dann sollte bei allen Alarmglocken läuten. Und wenn die kantonale Behörden und der zuständige Regierungsrat sich hinter der Eigenverantwortung der Betriebe versteckt, finde ich das zu wenig. Ich bin überzeugt, dass genau diese Behörde nicht selber dort rumwursteln sollte, da eine gewisse Befangenheit offensichtlich besteht, sondern dass diese Behörde auf externe, unabhängige Sachverständige bestehen sollte, damit diese analysieren können, warum es seit dem Jahr 2010 solch eine Häufung der Vorfälle gibt. Ist wirklich die Kultur im Umgang mit giftigen Materialien der ehemaligen Säurefabrik verloren gegangen, durch all die Finanztransaktionen, die stattgefunden haben? Dazu gibt es nicht viel mehr zu sagen. Ich bin vollkommen mit dem Gemeinderat einverstanden, dass die Häufung der Ereignisse nicht akzeptabel ist. Wir haben gemeinsam die Pflicht weiterhin aufzupassen, was dort unten passiert. Ein lustiges Detail finde ich, dass diese Firma mit rund 300 Mitarbeitern einen Pressesprecher hat. Stellen sie sich vor, wenn jede Firma mit 300 Mitarbeitern dies hat, was das für den Stellenwert in der Schweiz bedeuten würde. Wenn man einen Pressesprecher braucht, denke ich, dass man erwartet, dass noch viel auf

diese Firma zukommen wird, denn ansonsten könnte ja direkt die Direktion die Fragen beantworten.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die dringliche Interpellation Nr. 3025 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3026

Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion, Thomas Sollberger, betreffend „CABB: Fortsetzung der Serie Pleiten, Pech und Pannen“

GP Stephan Burgunder: Zu den letzten beiden Ereignissen halte ich fest, dass es sich um interne Havarien handelte. Diese sind durch die eigene Betriebsfeuerwehr IFRB behoben worden und die Alarmzentrale der Kantonspolizei musste nicht informiert werden. Ein solches Ereignis ist nicht a priori meldepflichtig. Wie in solchen Fällen allerdings üblich, wurde am anderen Morgen das Sicherheitsinspektorat und das Lufthygieneamt informiert. Gemäss Sicherheitsinspektorat handelt es sich ebenfalls um keine Störfälle, die der Störfallverordnung unterliegen. Im Einsatz stand jeweils nur die Werkfeuerwehr. Die Abläufe entsprachen den Prozessen. Ich selber wurde wie bereits erwähnt noch am selben Tag informiert und dies nicht zögerlich. **Frage 1:** *Hat der Gemeinderat Hinweise darauf, dass die Firma CABB versucht mit Hinweis auf Steuereinnahmen und die Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf Entscheide des Sicherheitsinspektorates des Kantons Basel-Landschaft Einfluss zu nehmen?* Nein. Der Gemeinderat und ich gehen weder davon aus, dass das Sicherheitsinspektorat die Steuereinnahmen der CABB kennt, noch dass das Sicherheitsinspektorat Arbeitsplätze oder monetäre Anreize über Menschenleben stellt. **Frage 2:** *Bestehen rechtliche Möglichkeiten die Erteilung der definitiven Betriebsbewilligung anzufechten oder diese mindestens durch eine andere Fachstelle (z.B. anderer Kanton, Bund) überprüfen zu lassen?* Das Sicherheitsinspektorat erteilt keine Betriebsbewilligungen. Das Sicherheitsinspektorat ist für den Vollzug der Störfallverordnung zuständig. Betriebsbewilligungen werden durch das KIGA (Arbeitsinspektorat) nach Anhörung der Suva erteilt. Der Gemeinderat muss sich dabei auf die Expertisen der Fachleute in diesen Gebieten stützen. **Frage 3:** *Inwiefern wird der betroffenen Gemeinde Pratteln Einblick in die Auflagen und das Vorgehen des Sicherheitsinspektorates BL gewährt? Wie kann aus Sicht der Gemeinde Pratteln der Druck erhöht werden, damit die dringenden Sofortmassnahmen getroffen werden?* Bei allen Betrieben in Pratteln, die der Störfallverordnung unterstehen, bekommt der Gemeinderat jeweils eine Kopie der Beurteilungen von Störfallkurzberichten. Ebenfalls bekommt der Gemeinderat die Risikoermittlungen mit den Auflagen an die Firmen durch das Sicherheitsinspektorat. Aus Sicht der Gemeinde muss kein zusätzlicher Druck ausgeübt werden. Man ist mit den zuständigen Behörden und der Betriebsleitung in Kontakt. Die Firma CABB setzt alles daran, weitere Havarien zu verhindern und hat eine Überprüfung der gesamten Anlageteile vorgenommen.

Thomas Sollberger wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser mit einer Enthaltung zu.

Thomas Sollberger: Ich danke dem Gemeinderat für die Antworten. Es ist mir ein Anliegen und deshalb weise ich darauf hin, dass die Frage 2 kein Misstrauensvotum an die Adresse des Sicherheitsinspektorates darstellen soll. Ganz im Gegenteil. Es geht darum, das Sicherheitsinspektorat vor Druckversuchen zu schützen, sei es seitens Unternehmer oder politischer Seite.

Stephan Bregy: Ich arbeite selber in einer pharmazeutischen Firma im Kanton Aargau. Bei uns besteht die Regelung, dass jeder Einsatz der Werksfeuerwehr während der Nachtstunden zwingend eine Meldung an die Polizei bewirkt. Es gibt sicher kantonale Unterschiede, aber die Meldepflicht bei Havarien ist zu machen. Es ist schon möglich, dass gemäss Sicherheitsinspektorat sich dies um interne Vorfälle handelt. Aber mit allem Respekt, wenn Chlorgas austritt, wird es ab Definition zu einer Havarie, da es auf das Umfeld Wirkung zeigen könnte. Ich empfehle dringend, dass die Firma CABB über die Bücher geht und diesbezüglich eine automatisierte Meldepflicht umsetzt. Die Sicherheitskultur der Firma kann man ein bisschen hinterfragen, da die Häufung der Ereignisse ein schlechtes Gefühl hinterlässt. Es wäre vielleicht sinnvoll, mit externen Fachstellen oder anderen Industrien zu reden und zu dokumentieren, ob die Sicherheitsvorkehrungen genügend sind. In der Tat geht es um sehr heikle Stoffe mit denen man vorsichtig umgehen muss, denn Leidtragende wären offensichtlich die Mitarbeiter und die lokale Bevölkerung und nicht der Kanton in Liestal. Deshalb die Erwartungen der FDP-Fraktion, dass der zuständige Gemeinderat in diesem Fall ein Auge auf die Firma hält.

Mauro Pavan: Stephan Burgunder, du hast mehrfach betont, dass es nur interne Vorfälle gewesen wären, die keine Meldepflicht gehabt hätten. Ein Stück weit schliesse ich mich dem Votum meines Vorredners an. Es nimmt mich aber wunder, wie viele weitere so genannte interne Vorfälle ohne Meldepflicht es gegeben hat, von denen wir nichts erfahren haben.

GP Stephan Burgunder: Lieber Mauro, diese Frage kann ich nicht beantworten. Diese Frage musst du der Firma CABB stellen.

Stephan Bregy: Vielleicht wurde ich falsch verstanden. Die Ausrede, dass es interne Vorfälle seien, ist nicht gerechtfertigt. Es ist eben kein interner Vorfall, weil ein nächtlicher Einsatz der Feuerwehr bei anderen Industrien und Firmen zwingend und automatisch zur Intervention der Polizei führt und informiert werden muss. Ausserdem war einem Feuerwehrmann unwohl, das heisst ein Einsatzmitarbeiter war physisch tangiert. Alleine aus diesem Grund sollte man schon zwingend informieren. Das zweite Argument: Chlorgas per Definition wird zu einem externen Event, denn es ist sehr hypothetisch, dass man das entwichene Gas im Gebäude halten kann, weil Gebäude meist nicht hermetisch abgeriegelt sind und dieses Gas somit in die Umwelt gelangt. Allein aus diesen Überlegungen sollte ein anderes Sicherheitsverständnis der Firma aufgebaut werden. Weiterhin sollte man ein Augenmerk auf die Firma halten und vielleicht mit externen Fachpersonen oder Institutionen das Sicherheitskonzept der Firma durchleuchten.

Benedikt Schmidt: Danke Stephan Burgunder für die Antworten. Gerade dein Schlussvotum zur Interpellation von Thomas Sollberger war sehr schön. Das hätte ein Pressesprecher der Firma nicht besser machen können. Ich würde mir schon ein bisschen mehr kritische Distanz zu dieser Firma wünschen. Ich fände es auch gut, wenn die Firma Vorfälle meldet, auch wenn diese nicht alle meldepflichtig sind. Es gibt einen gesetzlichen Aspekt, was man melden muss. Das Problem ist, dass man der Firma nicht mehr richtig vertraut. Wenn die Firma offener kommunizieren und Sachen sagen würde, die sie zwingend nicht unbedingt sagen müsste, würde das als vertrauensbildende Massnahme schon noch wirken. Sehr interessant finde ich die Aussage, dass der höchste Sicherheitschef vor Ort ist und ein Pressechef eingestellt wurde. Das macht man nur, wenn man nicht sicher ist, was die Zukunft bringt. Ich hoffe doch sehr, dass die Zukunft keine weiteren Vorfälle bringen wird.

Gert Ruder: Ich bedanke mich insbesondere bei Stephan Bregy für seine Worte und Präzisierungen. Besonders gewichtet sind diese, da er als Chemiker weiss, was Sache und wo das Gefahrenpotential bei einer solchen Produktion ist. Damit sich die Leute vorstellen können, was das Gefahrenpotential bedeutet, gibt es in den Fachschriften oder bei Ausbildungskursen die Gefahrenpyramide. Die, die ich gelernt habe, heisst: Bei 100'000 unsicheren Bedingungen die bestehen, können 10'000 Sachschäden oder klei-

nere Arbeitsunfälle entstehen. Wenn sich das weiter steigert, gibt es daraus 1'000 Arbeitsunfälle mit drei und mehr Tagen Ausfällen und daraus längerfristig acht Rentenfälle und noch weiter oben steht ein Todesfall. Wenn diese Theorie also stimmt, die überall in den Fachhochschulen referiert wird und es vor zwei Jahren diesen Unfall mit Todesfolge in dieser Firma gegeben hat, müssten es in dieser Firma vorher mindestens 100'000 unsichere Bedingungen melde- oder nichtmeldepflichtig gegeben haben. Das nur zur Erläuterung um aufzuzeigen, dass sehr viel schlecht gelaufen sein muss, da grundsätzlich der Sicherheitsstandard in der Chemie sehr hoch ist. Bis vor dreieinhalb Jahren habe ich auch in der Chemie gearbeitet, fast mein ganzes Berufsleben lang, habe aber nie eine solche Häufung in dieser Intensität erlebt.

Marc Bürgi: Wir diskutieren schon einige Minuten darüber, wie es auch der Landrat kürzlich gemacht hat. Ich denke, dass dies auch notwendig ist, da es eine Firma betrifft, die sensible Stoffe wie Chlor für die pharmazeutische Industrie als Endabnehmer weiterverarbeitet. Bezüglich des letzten Votums von Gert Ruder muss ich sagen, dass Sachen vermischt werden, die nichts miteinander zu tun haben. Es ist richtig, wenn Gert Ruder feststellt, dass wenn sich Sachen häufen, bei einem Unternehmen in der nächsten Umgebung der Gemeinde Pratteln, dann muss man aufmerksam werden. Auch wenn es, wie der Pressesprecher gesagt hat, nur geringe Vorfällen waren, sind diese inakzeptabel. Aber es ist schlichtweg falsch, den Gasaustritt mit dem Todesfall in Verbindung zu bringen. Dieser damalige Vorfall, bei dem das Strafverfahren noch hängig ist, hat rein gar nichts mit den neueren Vorfällen in der Neubauanlage zu tun. Klar ist, dass diese Vorfälle inakzeptabel sind, auch im Rahmen einer neu gebauten Anlage. Wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass die Alternative zu dieser Anlage der Firma CABB wieder der Transport von Chlorgas per Bahn zu unseren Firmen wäre, was viel gefährlicher ist und niemand will.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Die dringliche Interpellation Nr. 3026 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3009

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement (VOR) – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 4. Oktober 2016

GR Roger Schneider: Danke für die parteiübergreifende Unterstützung bei der ersten Lesung. Zu den Fragen von Kurt Lanz aus der 1. Lesung: Beide Institutionen (Verein und Kommission) bekommen Mittel für die Ausführung ihrer Arbeit. Zusammen nicht weniger als bisher. Die Aufgaben werden zwar neu verteilt, die Mittel dafür aber auch zur Verfügung gestellt. Die Regelung der Zusammenarbeit mit kommunalen und kantonalen Institutionen wird noch zu konkretisieren sein, vom Verein, wie auch von der Kommission Kulturförderung.

Kurt Lanz: Danke für die Auskunft. Mir ist es vor allem wichtig, dass bei der Kultur nicht Geld gestrichen wird. Darüber, wie der Kanton mit den Geldern für Kultur umgeht, bin ich nicht erfreut. Ich bin froh, dass man den Betrag aufteilt, so wie er aufgeteilt werden muss, aber nicht streicht. Die SP-Fraktion wird der Teilrevision zustimmen.

2. Lesung

§ 8 Abs. 1 Ständige beratende Kommissionen

keine Wortmeldungen

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

- :// 1. Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 28. Februar 2011 wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 27. Dezember 2016.

Geschäft Nr. 3010

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Trauungen im Schloss“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Trauungen im Schloss“ vom 19. August 2016

GR Roger Schneider: Zur Ausgangslage: Nach der Reorganisation des Zivilstandswezens im Kanton BL bot die Zivilrechtsverwaltung Arlesheim nur noch die Möglichkeit, ab dem Jahr 2015 an fünf Daten pro Jahr im Schloss Pratteln zivil zu heiraten. Im Jahr 2016 war geplant im April, Mai, Juli, August und Oktober Trauungen durchzuführen. Im Mai fanden zwei Trauungen statt und im August vier. Die anderen Termine wurden mangels Nachfrage gestrichen. In der Gemeindeverwaltung gehen viele Anfragen betreffend Ziviltrauungen im Schloss Pratteln ein. Diese werden jeweils an die Zivilrechtsverwaltung weitergeleitet. Wenn den Brautpaaren bereits die Vorabinformation mit den Daten mitgeteilt wird, wird oftmals die Auswahl an verfügbaren Daten bemängelt und als zu einschränkend empfunden. **Frage 1:** *Wie steht der Gemeinderat zu dieser Änderung?* Der Gemeinderat bedauert den Entscheid des Zivilstandsamtes BL, das Trauungsangebot ab 2017 weiter zu reduzieren und das Prattler Schloss nicht mehr als Trauungsort vorzusehen (Schreiben RR Reber 27. Juni 2016, Medienmitteilung 28. Juni 2016). Nach Auskunft des Leiters der Zivilrechtsverwaltung fanden im Jahre 2015 noch acht Trauungen im Schloss Pratteln statt, das heisst die Hälfte der Termine wurde ausgeschöpft. Die Zahl für 2016 wird ungefähr in diesem Bereich liegen. Das heisst, dass ca. ein Drittel aller Trauungen in Gemeindetraumälen, bei total 6 Sälen, in Pratteln stattfanden. Nach Ansicht des Gemeinderates rechtfertigen diese Zahlen eine Beibehaltung des Prattler Schlosses als Traulokal. **Frage 2:** *Wurde der Gemeinderat vorab über diese Änderung informiert und miteinbezogen? Und konnte er bereits dazu beim Zivilstandsamt Arlesheim Stellung beziehen?* Mit Schreiben vom 15. August 2014 hat die Zivilrechtsverwaltung angefragt, ob Pratteln weiterhin an der Durchführung von Ziviltrauungen im Schloss interessiert ist. Bereits dann wurde auf die geringe Nachfrage hingewiesen. Der Gemeinderat bekundete sein Interesse an den Ziviltrauungen in Pratteln festzuhalten. Gleichzeitig äusserte die Zivilrechtsverwaltung den Wunsch vom bisherigen kleinen Trauzimmer zum wesentlich grösseren Rittersaal zu wechseln. Dies wurde damals vom Gemeinderat abgelehnt. Die Gemeinden Arlesheim, Duggingen, Laufen und Reinach wurden am 20. Juni 2016 mit einem Schreiben über die geplante Einstellung der Ziviltrauungen informiert. Es gab keine Vorabinformation. Die Einwohnergemeinde Pratteln wurde nicht in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Eine Stellungnahme des Gemeinderates ist in Vorbereitung. Wir haben nur die heutige Sitzung abgewartet mit der Beantwortung der Interpellation. **Frage 3:** *Was unternimmt der Gemeinderat, dass auch künftig Trauungen im Schloss Pratteln durchgeführt werden können?* Der Gemeinderat ist der Meinung, dass in Pratteln auch weiterhin im Prattler Schloss geheiratet werden können soll. Unsere Gemeinde

wächst. Für unsere Einwohnerinnen und Einwohner soll es auch zukünftig möglich sein, „zu Hause“ und an ruhmvoller Stätte diesen wichtigen Lebensanlass zu vollziehen. Der Gemeinderat beantragt deshalb, dass auch weiterhin an mindestens fünf Termine pro Jahr Trauungen auf unserem Schloss angeboten werden. **Frage 4:** *Wenn keine Trauungen mehr durchgeführt werden, kann das Zimmer dann als private Hochzeitslocation zur Verfügung gestehen?* Die Benutzung der Räume im Schloss ist in der Verordnung über die Benutzung der gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen (BeV) geregelt. Im Schloss Pratteln können die Räume Rittersaal, Schlosshof mit angrenzendem Raum Ost (ex-Wahllokal) sowie der Ausstellungsraum gemietet werden. Brautpaare können die Räume für ihre Zwecke mieten. Das Trauzimmer wurde bis anhin nicht vermietet. Es kann jedoch bei Bedarf vermietet werden, wenn Brautpaare privat einen Zivilstandsbeamten engagieren. **Frage 5:** *Warum kann in den Baselbieter-Schlössern (Binningen, Bottmingen, Ebenrain und Wildeck) geheiratet werden, aber im Schloss Pratteln nicht mehr?* Eine Korrektur zu der Frage: Korrekt ist Wildenstein und nicht Wildeck gemeint. Dies hat der Kanton aus Spargründen so beschlossen.

Marcial Darnuzer wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser einstimmig zu.

Marcial Darnuzer: Ich danke für die Beantwortung der Fragen und hoffe sehr, dass der Prattler Gemeinderat seine ganze Kraft einsetzt, damit die Prattler Bevölkerung weiterhin im Schloss Pratteln heiraten kann. Ich finde es vom Kanton lachhaft, diese Massnahmen auf einen hohen organisatorischen Aufwand zu schieben und auch Sparmassnahmen voranzubringen. Von den insgesamt durchschnittlich 1'113 Trauungen pro Jahr im Kanton BL sind die acht bis zehn Trauungen in Pratteln wirklich kein organisatorischer Riesen-Aufwand und sicherlich auch keine gewaltige Einsparmöglichkeit für den Kanton.

Petra Ramseier: Danke für die Antworten. Ich empfehle der Gemeinde, dass man schaut, dass die Trauungen auch in einem grösseren Raum durchgeführt werden können. In dem kleinen Trauzimmer kann man nur zu viert oder zu sechst rein. Vor allem wenn man jedoch keine kirchliche Trauung hat, nützt einem das Trauzimmer nichts bei der ganzen Verwandtschaft und es wäre schön, ein grösserer Raum würde zur Verfügung stehen.

Die Interpellation Nr. 3010 ist beantwortet.

Geschäft Nr.3011

Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Kein Schmutzwasser“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Marcial Darnuzer, betreffend „Kein Schmutzwasser“ vom 19. August 2016

GR Stefan Löw: Der Gemeinderat hat das Postulat gelesen und sich dazu entschieden, das Postulat gerne entgegenzunehmen. Es handelt sich dabei um Plaketten, die bei den jeweiligen Wassersammler angebracht werden würden. Dies wird die Gemeinde prüfen, auch um welche Grössenordnung es sich dabei handelt. Das meiste Schmutzwasser wird in die Kläranlage geführt. Wir erachten es jedoch als sinnvoll, wenn man die geschützten Teile eventuell markiert und werden bei Gelegenheit prüfen und berichten.

Marcial Darnuzer: Ich danke dem Gemeinderat, dass er das Postulat entgegen nehmen will und bitte dieses Postulat an den Gemeinderat zu überweisen. Mit diesem Postulat möchte ich Abwasserschächte, die direkt in den Rhein, in einen Bach oder in eine Versickerung führen, entsprechend kennzeichnen und so verhindern, dass unnötig Schmutzwasser in die Gewässer fliesst. Es ist nämlich ein weitverbreiteter Irrtum in der Bevölkerung, dass alle Ablaufschächte in Kläranlagen enden. Entsprechend sorglos wird immer wieder Schmutzwasser in den erstbesten Schacht entsorgt. Mit kleinen Alu-Rondellen mit dem Hinweis „Kein Schmutzwasser ins Gewässer!“ würde man die entsprechenden Abwasserschächte beschriften, die direkt in ein Gewässer oder in einer Versickerungsanlage enden. Die Gemeinde kann die Schilder beim VSA (Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute) bestellen und neben den Einlaufschächten auf der Strasse oder direkt auf den Schachtdeckel anbringen. Die drei grossen Vorteile dieser Massnahme sind, dass sich dies im Praxisbetrieb in den Pilot-Gemeinden bestens bewährt hat, es eine proaktive Massnahme zur Verhinderung von Schadenfällen im Gewässerbereich ist und dass die Bevölkerung bezüglich Umweltschutzmassnahmen informiert und sensibilisiert wird. Wenn man weiss, dass der Schacht direkt in den Rhein oder in ein anderes Gewässer endet, wird der Kübel mit Baustellenabfällen vielleicht in einem anderen Schacht entleert. Gewässerschutz hat in unserer Bevölkerung noch immer einen hohen Stellenwert, deshalb schützen wir unsere Gewässer vor Verschmutzung und überweisen sie das Postulat zur Prüfung an den Gemeinderat.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen finden es ein gutes Postulat. Wir sind dafür und werden dies unterstützen. Es freut uns, dass der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen will.

Urs Schneider: Die SVP-Fraktion wird dieses Postulat gerne so überweisen. Ich sehe es gerne auch aus Sicht der Feuerwehr an: Eine Markierung mit einer Plakette wäre gut und macht Sinn, denn dann müssten nicht immer Pläne hervorgeholt werden, um zu suchen, wohin ein Gewässer hinläuft.

Dieter Schnetzer: Die FDP-Fraktion überweist gerne das Postulat an den Gemeinderat.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 3011 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3014

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Lärmsanierung von Gemeindestrassen“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Werner Graber, betreffend „Lärmsanierung von Gemeindestrassen“ vom 29. August 2016

GR Stefan Löw: Frage 1: Gibt es in der Gemeinde Pratteln Strassen die nach dem Gesetz saniert werden müssen? Ja, es gibt Strassen die nach dem Gesetz zu sanieren sind. **Frage 2:** Welche Strassen sind dies? Die Strassenachse Oberematt- Haupt- und Muttenerstrasse. Wobei bei der Hauptstrasse nur der Abschnitt entlang dem Jörinpark gemeint ist. Sowie der obere Teil (der südliche Teil) der Bahnhofstrasse.

Frage 3: *Besteht ein Zeitplan für die Sanierung?* Ja, es besteht ein Zeitplan dafür und wir sind bereits an den Sanierungen. Zweidrittel sind abgeschlossen. **Frage 4:** *Wurden die Kosten bereits im Budget berücksichtigt?* Ja, die Kosten wurden im Budget berücksichtigt. Die Fahrbahn-Lärmsanierung der erwähnten Strassen erfolgt in mehreren Etappen. Zwei Etappen sind bereits ausgeführt die restlichen folgen. Bis 2018 sollten diese abgeschlossen sein. Auch hoffen wir, dass die Finanzbeteiligungen, die vom Bund gesprochen wurden, auch noch für die restlichen Drittel der Projekte verlängert werden.

Werner Graber wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser bei einer Enthaltung zu.

Werner Graber: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen. Er sagt, dass er hofft, dass der Bund die Frist der Finanzbeteiligung verlängert. In dem Fall ist der Zeitplan nicht so ausgelegt, dass im Frühling 2018 die Strassen saniert sind. Ich frage mich, ob die Gemeinde es sich leisten kann, auf die Bundesbeiträge zu verzichten. Ich hoffe, dass der Gemeinderat alles in die Wege leiten wird, damit die Strassensanierungen fristgerecht und mit Bundesbeiträgen abgeschlossen werden.

Christoph Pflüger: Nur eine kleine Anmerkung als Tipp an die Adresse der Bauverwaltung und den zuständigen Gemeinderat: Von Prattler Bürger, die an der Muttenerstrasse wohnen, wo ein Flüsterbelag gebaut wurde, habe ich erfahren, dass der Velostreifen Rillen hat, die einen störenden Lärm für Anwohner beim Darüberfahren erzeugen. Ich würde vorschlagen, wieder normale gelbe Striche für Velofahrer zu machen.

Die Interpellation Nr. 3014 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3015

Beantwortung Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Gebührenbefreiung Strassenfeste“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend, „Gebührenbefreiung Strassenfeste“ vom 7. September 2016

GR Urs Hess: Strassenfeste helfen sicher, dass man in den Quartieren zueinander kommt. Der Interpellant rennt eigentlich offene Türen ein: Er sagt, dass man beim Projekt urban keine Bewilligungen braucht und resp. keine Gebühren zahlt und fragt, ob es bei den anderen Strassenfesten nicht auch der Fall sein kann. **Frage 1:** *Entsprechen die CHF 50.- Gebühr dem Tarif für die Vermietung von Absperrmaterial gemäss §22 Abs. b der Gebührenverordnung?* Nein, die CHF 50.- wurden gemäss Gebührenverordnung §26 Aufwandtarif von der Gemeindepolizei verrechnet. Für die Miete von Signalisationsmaterial könnte der Werkhof gemäss §22 eine Gebühr exkl. MwSt. verlangen. Bis dato wurde aber für Strassenfeste keine Mietgebühr verrechnet. **Frage 2:** *Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass Strassenfeste ebenso das Zusammenleben und die Integration in den Quartieren fördert wie die Quartierentwicklung in den Projekt urban Schwerpunktgebieten? Wenn NEIN warum nicht?* Ja. **Frage 3:** *Ist der Gemeinderat bereit im Sinne von „gute Dienste der Gemeinde“ und einer Gleichbehandlung seine Praxis zu überdenken und den §50 der Gebührenverordnung (Gebührenbefreiung) zu ergänzen. So dass auch Strassenfeste, wie die Quartiertreffpunkte, von einer Gebühr befreit sind und das Absperrmaterial gratis und lediglich gegen eine rückzahlbare Depotgebühr zur Verfügung gestellt wird? Wenn NEIN warum nicht und wie begründet er die Ungleichbehandlung mit den Quartiertreffpunkten?* Ja, der Gemeinderat ist bereit §50 entsprechend zu ergänzen.

Damit können Strassenfeste, wie Quartiertreffpunkte, von einer Gebühr befreit werden und das Absperrmaterial kann gratis (gegen eine rückzahlbare Depotgebühr) zur Verfügung gestellt werden.

Die Interpellation Nr. 3015 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 3019

Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car in Pratteln“

Aktenhinweis

- Postulat der FDP-Fraktion, Andreas Seiler, betreffend „Catch a Car in Pratteln“ vom 2. Oktober 2016

GR Urs Hess: Bei dem Postulat sind Fragen wie in einer Interpellation enthalten. Ich gehe aber davon aus, dass die FDP-Fraktion prüfen möchte, ob wir Catch a Car nach Pratteln holen können. Diesen Auftrag nehmen wir gerne entgegen und werden dies prüfen. Auch werden wir schauen, ob überhaupt genügend Parkplätze zur Verfügung gestellt werden können, was, wie im Dorf allen bekannt, ein bisschen ein grösseres Problem ist, da es nicht übermässig Parkplätze hat. Nichts desto trotz nehmen wir diesen Auftrag entgegen, da es eine Alternative zu anderen Service-Diensten (Mobility) ist.

Andreas Seiler: Der eine Ursprung für das Postulat ist, dass ein Parteimitglied mich gefragt hat, wieso es das Angebot von Catch a Car in Muttenz aber nicht in Pratteln gibt. Der zweite Grund ist, dass wir bei den Diskussionen um Visionen und Leitsätze „Pratteln in 10 Jahren“ viel über Standortmarketing und Standortaktivität geredet haben und ich glaube, dass ein solches Angebot positiv für einen Wohnstandort wäre. Warum es ein Postulat und keine Interpellation ist? Ja, es sind Fragen, aber auch bei einem Postulat heisst es „zu prüfen und zu berichten“ und dies basiert auch auf Fragen. Auch braucht es um Frage 1 zu beantworten ein bisschen mehr als eine schnelle Antwort. Themen wurden bereits angesprochen: Einerseits die Parkierungsgeschichte; dort müsste man zumindest in der Parkierungsverordnung eine Lösung finden. In anderen Gemeinden mit Parkzeitbeschränkung ist dies auch möglich. Zum Beispiel in Binningen liegen dem Auto Anwohnerparkkarten bei. Andererseits ist noch die finanzielle Frage, die wir klären müssen. Ich denke nicht, dass es die Gemeinde etwas kosten sollte, da es ja schliesslich eine privat finanzierte Firma ist. Auch ist klar, dass es sich bei der Firma Catch a Car um ein privatrechtliches Unternehmen handelt, das selber entscheidet, wo sie tätig ist. Ich denke aber, dass die Gemeinde im Sinn eines guten Standortmarketings auf die Firma zugehen und was die Reglemente bzw. Verordnung zum Parkieren angeht, Hand bieten sollte. Aus diesen Gründen ist es ein Postulat und macht Sinn dies zu überweisen, damit der Gemeinderat die Fragen begründet beantworten kann.

Rolf Hohler: Auch die SVP-Fraktion hat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt und will das Geschäft überweisen. Ich bitte den Gemeinderat folgendes zu beachten: Wir bezweifeln, dass neben dem bekannten Mobility der Bedarf eines solchen Angebots enorm gross sein wird. Catch a Car ist eine Carsharing-Firma von Mobility, Amag und Allianz und wird momentan nur von der SBB und Energie Schweiz unterstützt. Angeboten wird dies momentan in Genf und Basel plus Agglomeration. Ein grösserer Punkt der überdenkt werden muss, ist, dass grundsätzlich während der Miete Parkgebühren gezahlt werden müssen. Wenn aber die Mietdauer beendet ist, das Fahrzeug abgestellt wird, werden normalerweise keine Gebühren gezahlt. Ich bitte genau zu prüfen, was es für Aufwände gibt und wie die Fahrzeuge definiert werden können (gemietet oder abgestellt?), damit wenn eine Ausnahmeregel gemacht wird, alle gleich behandelt werden.

Patrick Weisskopf: Auch die Unabhängigen haben Sympathien für diesen Vorstoss. Auch wir haben dieses neue Geschäftsmodell diskutiert, das wir zwischen Taxi und Uber auf der einen und Mietwagen und Mobility auf der anderen Seite ansiedeln. Es schliesst diese Lücke, um kurze Strecken mit dem Auto zu fahren. Uns interessiert es, was für Distanzen gefahren werden; werden die Motoren überhaupt warm? Interessant wäre dieses Geschäftsmodell mit dem Betrieb von Elektrofahrzeugen. Damit sind wir bereits bei den Visionen. Wie wir wissen, sind die Parkplätze knapp. Aus diesem Grund muss abgeklärt werden, wie die Parkuhren bedient werden können und wie abgecheckt werden kann, ob das gerade ein Auto ist, dass momentan gemietet und gebührenpflichtig ist oder ob es auf einem zugelassenen Parkplatz abgestellt werden kann. Den 160 bekannten und zugelassenen Fahrzeugen in Basel könnte man gewisse Parkplätze zuordnen. Die andere Frage ist, was für Aufwendungen man für alles hat (Nachtparking, Zeitlimite), diese müssten dann mit der Miete abgegolten werden. Sicher interessante Fragen. Wir sind gespannt auf die Antworten.

Andreas Seiler: Zu der Frage, ob es sich rentiert oder nicht: Das wird die Firma Catch a Car schon schauen, ob sie das dann machen oder nicht. Was die Parkplätze angeht: Wenn wir nach Muttenz oder Binningen schauen, denke ich nicht, dass es unsere Parkplatzsituation merklich verschlechtern wird. Vielleicht werden 5 bis 6 Fahrzeuge der Firma in Pratteln herumstehen, aber auch andere Gemeinden haben eine Lösung gefunden und ich bin überzeugt, dass auch Pratteln eine Lösung finden wird.

Fabian Thomi: Die SP-Fraktion ist äusserst erfreut, dass die FDP sich für alternative Verkehrsansätze interessiert. Catch a Car ist eine gute Ergänzung zum ÖV und gerade für junge Menschen ohne Auto attraktiv. Dies kann auch zu einer Entschärfung der Parkplatzsituation führen, da nicht jede/r junge Frau/Mann ein Auto braucht, sondern dass eben Carsharing betrieben werden kann. Die SP-Fraktion ist einstimmig für eine Überweisung des Postulates.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 30 Ja zu 4 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 3019 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 3020

Beantwortung Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Rohner AG und die Schulden“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen und Grünen, Benedikt Schmidt, betreffend „Rohner AG und die Schulden“ vom 30. Oktober 2016

GR Christine Gogel: Es geht bei dieser Interpellation um die Zahlungsmoral der Firma Rohner AG. **Frage 1:** *Hat die Rohner AG in der Zwischenzeit ihre Schulden ganz oder teilweise bezahlt?* Wir haben einen Zahlungsplan der wird bis anhin zu unserer Zufriedenheit eingehalten. **Frage 2:** *Falls die Rohner AG die Schulden nicht oder nur teilweise bezahlt hat: Wie und bis wann gedenkt der Gemeinderat die Schulden einzutreiben?* Zahlungseingänge der Firma Rohner AG werden von der Abteilung Finanzen eng überwacht. Wenn die Firma den Forderungen nicht mehr nachgehen würde, wird diese be-

trieben, wie alle anderen auch. **Frage 3:** Falls die Rohner AG die Schulden nicht oder nur teilweise bezahlt hat: Macht der Gemeinderat seine Drohung wahr und stellt der Firma das Wasser ab? Dies hätte eine Schliessung des Betriebs zur Folge. Wie sie aus den Antworten der Frage 1 und 2 entnehmen können, besteht im Moment kein Handlungsbedarf. **Frage 4:** Der Gemeindepräsident erwähnte in seinen Ausführungen eine Vorlage, welche „demnächst“ in den Landrat kommen und über die finanzielle Situation der Rohner AG Auskunft geben solle. Ist die Vorlage in den Landrat gelangt? Hat die Gemeinde den angekündigten Bericht darüber erhalten? Falls ja, was hat der Gemeinderat aus dem Bericht bzw. der Vorlage gelernt und welche Konsequenzen zieht er? Die Vorlage wurde am 22. März 2016 im Landrat behandelt. Die Beantwortung durch den Regierungsrat liegt schriftlich vor. Über die finanzielle Situation wurde jedoch keine Auskunft gegeben, da sich der Regierungsrat auf das Steuergeheimnis bezieht. Es ist mir klar Benedikt, dass du dir von den Antworten mehr erhofft hast, aber auch ich muss mich auf das Steuer- und Amtsgeheimnis beziehen. Ich kann nicht viel mehr sagen, als dass wir dran sind.

Benedikt Schmidt wünscht Diskussion und der Rat stimmt dieser bei einer Enthaltung zu.

Benedikt Schmidt: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Fragen. Es ist mir bewusst, dass es gewisse Pflichten gibt, nicht alles herauszuplaudern und der Gemeinderat nicht viel dazu sagen kann. Ich finde es aber gut, dass es einen Zahlungsplan gibt und das offenbar auch gezahlt wird, weil es schon einen schalen Hintergrund hinterlassen würde, wenn diese Firma ihre Schulden nicht zahlt, während der normale Kunde zahlen muss. Ich hoffe, dass keine Betreibungen nötig sein werden und die Schulden abgezahlt werden.

Die Interpellation Nr. 3020 ist beantwortet.

Fragestunde

Frage 1

„Qualität Geruchsmeldestelle“

(Gerold Stadler, Fraktion der Unabhängigen und Grünen)

GR Urs Hess: Wenn man am 24. Juli 2016 im Radio irgendetwas hört und dann bis zum 24. November 2016 wartet, ist das für mich Schnee von gestern oder kalter Kaffee. **Frage 1:** Wie wird die Qualität der Geruchsmeldestelle sichergestellt? Unser Pikettdienst Geruchsmeldestelle (First Choice) ist durch das Kantonale Lufthygieneamt beider Basel, erstmals am Geruchsseminar vom 29. Mai 2013 eingeführt und geschult worden. Der Pikettdienst steht im ständigen Kontakt und Austausch mit dem Lufthygieneamt und der Gemeinde. **Frage 2:** Wird der Qualitätsstandard regelmässig geprüft? Wenn ja, wie? Die Geruchsmeldungen werden laufend protokolliert. Es findet ein regelmässiger Informationsaustausch mit involvierten Unternehmen (Verursachern) in der Gemeinde Pratteln, dem Lufthygieneamt, der Gemeindepolizei und der Feuerwehr statt. **Frage 3:** Wird aufgrund solcher sicherlich nicht positiver Meldungen eine Änderung der Qualitätssicherstellung / Prüfung des Qualitätsstandards in Betracht gezogen? Wenn nein, wieso nicht? Die Ursache, dass die Qualitätssicherung der Geruchsmeldestelle in der Sendung SRF 1 am 24. Juli 2016 in Frage gestellt wurde, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir haben keine Anzeichen davon, dass die Geruchsmeldestelle nicht funktionieren soll.

Gerold Stadler: Kurz zum kalten Kaffee: Die Sitzungen haben zwei Mal nicht stattgefunden und einmal habe ich die Eingabefrist verpasst. Wie kann sichergestellt werden, dass Personen, die eine Meldung machen auch eine Rückmeldung erhalten? Genau dies wäre wichtig, damit die Geruchsmeldestelle vertrauensbildend sein kann, dass die Gemeinde reagiert und sich die Bewohner ernst genommen fühlen. Darum finde ich es wichtig, dass diese Personen dann auch eine Rückmeldung erhalten.

GR Urs Hess: Ich nehme den Faden gerne auf, aber es ist eigentlich nicht vorgesehen, dass es eine Rückmeldung gibt. Normalerweise meldet man etwas, die Geruchsmeldestelle nimmt dies auf und reagiert entsprechend indem sie Kontakt mit dem Betrieb aufnimmt, damit der Geruch so schnell wie möglich weg geht.

Frage 2

„Schulweg / Elterntaxi“

(Eva Keller-Gachnang, SP-Fraktion)

GR Roger Schneider: Für den Gemeinderat ist es auch ein leidiges Thema und nicht das erste Mal, dass dieses Thema im Rat behandelt wird. Im 2009 hat Stephan Ackermann eine Interpellation „sicherer Schulweg“ vom damaligen Gemeinderat Ruedi Brassel beantwortet erhalten. **Frage:** Was gedenkt der Gemeinderat in Bezug auf die Elterntaxis zu unternehmen, bevor ein Unfall passiert? Zum rechtlichen: Der Schulweg liegt gemäss Bildungsgesetz in der Verantwortung der Eltern. Somit hat die Schule gar keine rechtlichen Möglichkeiten. Es ist nur eine Sensibilisierung der Eltern möglich. Das heisst aufzuzeigen, dass der Schulweg für Kinder eine wichtige Erfahrung auf dem Weg zur Selbstständigkeit ist. Die Schulleitung versucht die Eltern immer wieder mit Infos am Elternabend, mit Flyer und so weiter zu sensibilisieren, die Kinder nicht mit dem Fahrzeug in die Schule zu fahren. Die von der Schulleitung abgegebene Broschüre wurde in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei, der Gemeindepolizei und der bfu (Bundesamt für Unfallverhütung) erstellt. Nebst der Abgabe dieser Broschüre sind jeweils zu Beginn des Schulsemesters unsere Polizisten bei den Schulhäusern und sprechen die ElterntaxifahrerInnen an und fordern diese auf, die Kinder nicht zur Schule zu fahren. Es ist aber nur eine Aufforderung, es gibt rechtlich keine Möglichkeit, den Elterntaxidienst zu verbieten oder gar eine Busse auszustellen. Durch die Elterntaxis erhöht sich der Fahrzeugverkehr um die Schulhäuser erheblich, was automatisch zu mehr gefährlichen Situationen führen kann. Die Gemeinde hat nicht vor Anhaltebuchten zu erstellen, die das sichere Aussteigen der Kinder ermöglichen sollen. Anhaltebuchten könnten als falsches Signal gedeutet werden. Zu den Verkehrsregeln: Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten gegen die Elterntaxis vorzugehen. So könnten Fahrverbote mit Zubringerdienst nur für die Anwohner oder mit zeitlicher Einschränkung montiert werden. Die Anbringung von Halteverboten würde das Anhalten auf der Strasse verbieten und könnte somit bei Nichteinhaltung gebüsst werden. Beide Massnahmen werden aber das Geschehen nur verlagern und nicht wirklich beheben. Nur die Eltern selbst können die Situation entschärfen, indem sie die Kinder, wenn möglich in kleinen Gruppen, selbst auf den Schulweg schicken. Die Gemeinde setzt weiterhin auf Prävention und Aufklärung und sieht dies als die beste Massnahme gegen Elterntaxis. Für das nächste Jahr ist geplant einen Film „Wie verhalte ich mich auf dem Schulweg und im Strassenraum“ zu produzieren. Der Film soll an Elternabenden den Eltern und den Kindern gezeigt werden und wird auf der Homepage der Gemeinde zum downloaden angeboten. In anderen Gemeinden konnte damit die Anzahl der Elterntaxis reduziert werden.

Die Fragen sind beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.30 Uhr beendet.

Pratteln, 6. Dezember 2016

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Jens Dürrenberger

Katarina Hammann



Optimierung Politische Steuerung mit Aufgaben- und Finanzplan

Orientierung des Einwohnerrates

21. November 2016

Anhang 1

Ziele der optimierten politischen Steuerung



- Prattler «Lösungen» für Bevölkerung und Wirtschaft sind breit abgestützt, nachhaltig und finanzierbar.
- Die Mitarbeit des Einwohnerrates bei der mittel- und langfristigen politischen Ausrichtung ist aktiv.
- Die Kommunikation zwischen Legislative und Exekutive ist verbessert.
- Die Transparenz ist erhöht und gemeinsame Zielsetzungen sind definiert.
- Das Vertrauen ist gestärkt, die Zusammenarbeit ist vertieft und die Planungssicherheit für Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung ist gewonnen.

Neuerungen der optimierten politischen Steuerung



- Entwicklungskommission des Einwohnerrats und Gemeinderat erarbeiten gemeinsam die längerfristige Ausrichtung «Pratteln in 10 Jahren»
→ Kenntnisnahme im Einwohnerrat (voraussichtlich am 26. Juni 2017)
- Entwicklungskommission des Einwohnerrats und Gemeinderat erarbeiten gemeinsam die Legislaturziele
→ Beschluss durch Einwohnerrat (voraussichtlich am 26. Juni 2017)
- **Gemeinderat und Verwaltung erarbeiten jährlich den Aufgaben- und Finanzplan (ersetzt Budget) mit Leistungsauftrag und finanziellen Mitteln pro Aufgabenfeld**
→ **Beschluss Leistungsaufträge und Globalbudgets (1 Jahr) durch Einwohnerrat (voraussichtlich am 12. Dezember 2016)**
- Gemeinderat und Verwaltung erarbeiten jährlich einen Jahresbericht (ersetzt Amtsbericht) über die Erfüllung der Leistungsaufträge sowie der Einhaltung der Globalbudgets
→ Kenntnisnahme im Einwohnerrat (*Frühsommer 2018*)

Neue Instrumente des Einwohnerrates



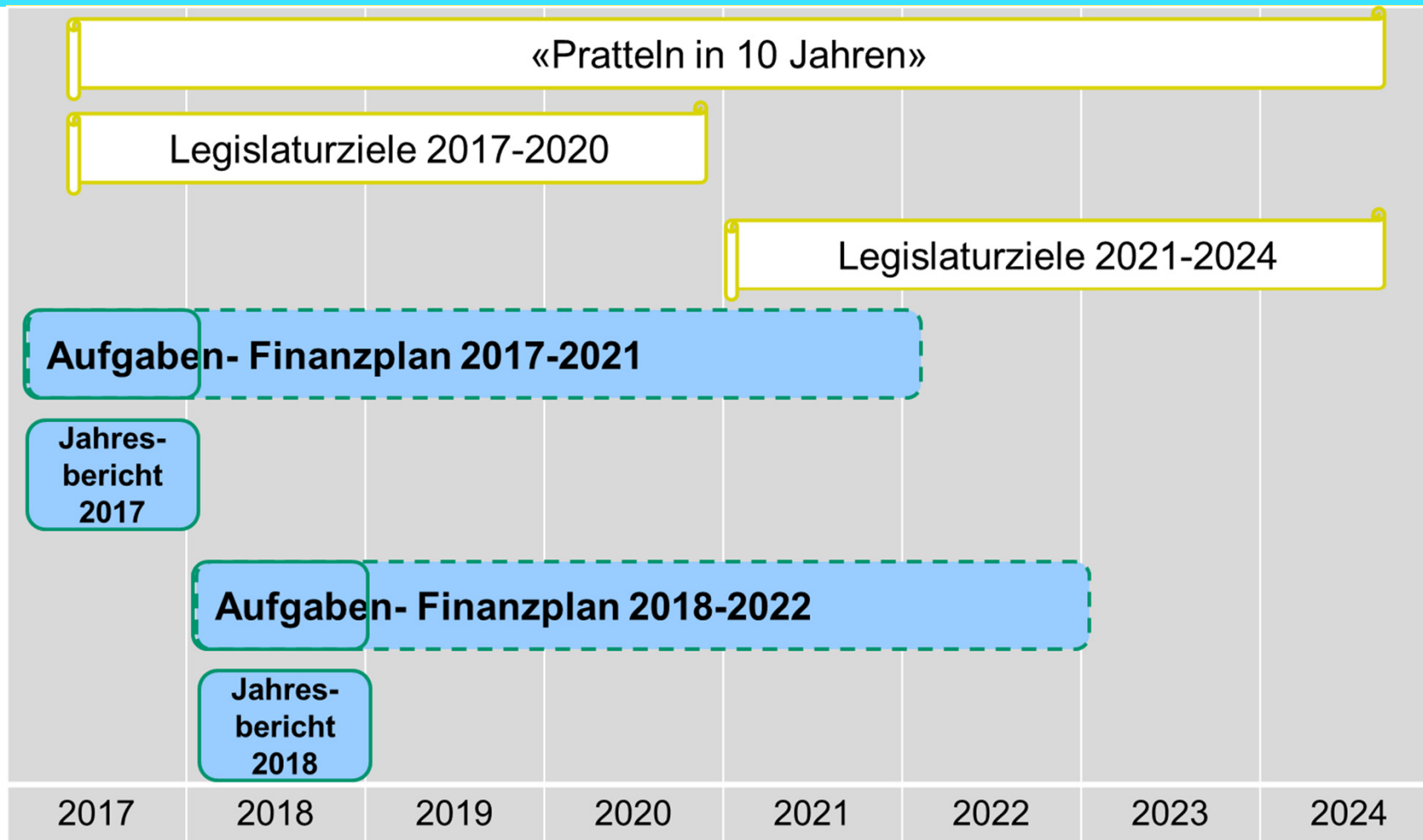
- **Planungsmotion** zur Änderung oder Ergänzung in der Gliederung der Aufgabenfelder (2/3 Mehrheit)
- **Planungspostulat** zu inhaltlichen Änderungen des Aufgaben- und Finanzplans (spätestens bis Oktobersitzung)
- **Planungsantrag** zu den Beschlussgrößen im Aufgaben- und Finanzplan (Dezembersitzung)

Wie werden eingereichte Planungspostulate behandelt?



- Grundsätzlich ist der Termin für Planungspostulate mit Wirkung auf den Aufgaben- und Finanzplan 2017-2021 abgelaufen (bis Oktobersitzung 2016).
- Trotzdem, im Sinne «Spezialfall 2016»:
 - Planungspostulate, welche Beschlussgrößen des Aufgaben- und Finanzplans 2017-2021 («grau hinterlegt) betreffen, werden als Planungsanträge in der Dezembersitzung behandelt bzw. beraten.
 - Planungspostulate, welche die übrigen Inhalte des Aufgaben- und Finanzplans 2017-2021 betreffend, werden im Hinblick auf den Aufgaben- und Finanzplan 2018-2022 behandelt.

Politische Steuerungsinstrumente



Konzeption Aufgaben- und Finanzplan



§ 9c Grundsatz

Die Gemeinde Pratteln steuert ihre Aufgaben und Finanzen mittels Globalbudgetierung nach den Regeln von §§ 52 ff. der Verordnung über die Rechnungslegung der Einwohnergemeinden (Gemeinderechnungsverordnung).

§ 9d Aufgaben und Finanzplan

¹ Der Aufgaben- und Finanzplan umfasst die nächsten fünf Rechnungsjahre.

² Der Aufgaben- und Finanzplan enthält die Leistungsaufträge und die Globalbudgets für die Aufgabenfelder der Gemeinde.

³ Die Aufgabenfelder richten sich nach den Konten der funktionalen Gliederung nach HRM2 und werden vom Einwohnerrat beschlossen. Die Aufgabenfelder entsprechen den Produktgruppen nach Gemeinderechnungsverordnung.

⁴ Das erste Jahr im Aufgaben- und Finanzplan entspricht dem verbindlichen Globalbudget für das kommende Jahr.

Paragraphen aus Verwaltungs- und Organisationsreglement

ER Beschluss (14. Dezember 2015)



Geschäft Nr. 2969

**Optimierung der Politischen Steuerung: Antrag
Festlegung der Aufgabengliederung
Globalbudget**

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der Gliederung der Aufgabenfelder zu.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 2016.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2. Der Gemeinderat wird beauftragt, den Aufgaben und Finanzplan (erstmal für die Jahre 2017 – 2021) nach diesen Aufgabenfeldern zu gliedern.

Aufgaben- und Finanzplan 2017-2021

Gemeinde pratteln



INHALT

1. GEMEINDERAT IN NEUER LEGISLATUR 2016-2020	4	4. ANTRÄGE DES GEMEINDERATES	62
		Beschlussanträge des Gemeinderats	64
2. ENTWICKLUNG PRATTELN	6	5. ANHANG	66
Umfeldanalyse	8	- Erläuterungen zur Rechnungslegung	
Schwerpunkte, Ziele der Planperiode 2017 – 2021	9	öffentlicher Haushalte	68
Entwicklung Stelleneinsatz pro Aufgabenfeld	9	- Finanzkennzahlen	69
Finanzieller Gesamtüberblick	10	- Finanzpläne	70
Finanzielle Entwicklung	11	- Finanzplan Allg. Haushalt	71
Finanzierung und Eigenkapital	13	- Finanzplan Wasserversorgung	72
		- Finanzplan Abwasserbeseitigung	73
		- Finanzplan Abfallbeseitigung	74
		- Finanzplan GGA	75
3. AUFGABENFELDER 01-23	14	- Investitionsprogramm 2017 - 2021	76
01 Politische Behörden	16	- Auflistung der Investitionen ins	
02 Allgemeine Verwaltung	18	Verwaltungsvermögen	79
03 Polizei	20	- Erfolgsrechnung Einwohnergemeinde nach	
04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz	22	funktionaler Gliederung	81
05 Schulen	24	- Erfolgsrechnung Einwohnergemeinde nach	
06 Familienergänzende Angebote	26	Artengliederung	82
07 Kultur, Sport und Freizeit	28		
08 GGA	30		
09 Gesundheit und Alter	32		
10 Gesetzliche Sozialhilfe, Arbeitsintegration	34		
11 Soziale Unterstützung	36		
12 Asylwesen	38		
13 Kindes- und Erwachsenenschutz	40		
14 Verkehr und öffentliche Anlagen	42		
15 Wasserversorgung	44		
16 Abwasserbeseitigung	46		
17 Abfallbawirtschaftung	48		
18 Landschaftspflege, Umweltschutz, Energie	50		
19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche	52		
20 Wirtschaft	54		
21 Steuern	56		
22 Finanz- und Lastenausgleich	58		
23 Vermögens- und Schuldenverwaltung	60		

Lesehilfe für die Aufgabenfelder

Umschreibung

Hier werden Sinn und Zweck des jeweiligen Aufgabenfeldes erläutert.



Veränderung der Gliederung der Aufgabenfelder

Mit einer Planungsmotion kann die Gliederung der Aufgabenfelder verändert werden. Die Planungsmotion ist schriftlich und unterzeichnet dem Präsidium oder dem Sekretariat des Einwohnerrates bis spätestens vor der Sitzung einzureichen. Der Rat entscheidet mit Zweidrittel-Mehrheit, ob die Planungsmotion erheblich erklärt wird.

Rechtsgrundlagen und Handlungsspielraum

Hier finden Sie die geltenden gesetzlichen Grundlagen und den Leistungsumfang der Gemeinde.

Perspektiven und Legislaturziele

Der Einwohnerrat wird die Perspektiven und Legislaturziele voraussichtlich im Juni 2017 beraten. Deshalb ist eine Formulierung dieses Abschnittes erst im Aufgaben- und Finanzplan 2018 - 2022 möglich.

Zielgruppen und Wirkungen

Hier wird beschrieben, in welcher Form die Bevölkerung von den Aufgaben und Zielsetzungen des jeweiligen Aufgabenfeldes profitieren kann.

Ziele und Planwerte

Hier werden die für die Planperiode wesentlichen Ziele und die zu erreichenden Planwerte aufgezeigt.



Veränderung von Zielgruppen und Wirkung sowie Ziele und Plan

Mit einem Planungspostulat oder Planungsantrag können die Inhalte (Zielgruppen, Wirkung, Ziele und Plan) der Aufgabenfelder verändert werden. Planungspostulate sind bis spätestens in der vorletzten Sitzung vor der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans schriftlich und unterzeichnet dem Präsidium oder dem Sekretariat einzureichen. Planungsanträge sind anlässlich der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans zu stellen. Eine Veränderung der Ziele und Planwerte löst in der Regel eine Erhöhung bzw. Reduktion des Globalbudgets aus.

Kennzahlen und Stelleneinsatz

Die Kennzahlen geben Auskunft über die quantitative Entwicklung in den letzten 2 Jahren.

Im Stelleneinsatz sind die gesamten Stellenprozente ausgewiesen, die zur Erreichung der Ziele und für die Erfüllung der Aufgaben notwendig sind.

Erfolgsrechnung und Investitionen

Der notwendige finanzielle Aufwand und der voraussichtlich zu realisierende Ertrag sind für das Budgetjahr und die Planjahre ausgewiesen. Dabei sind der Personalaufwand und Sachaufwand sowie weitere Aufwände aufgeführt. Der Einwohnerrat entscheidet über das Globalbudget (=Saldo) und nimmt von den Planwerten Kenntnis. Zudem sind die notwendigen Investitionen ausgewiesen, welche entweder vom Einwohnerrat mit einer Sondervorlage oder mit einem Budgetbeschluss festgelegt werden.



Veränderung des Globalbudgets

Mit einem Planungspostulat oder dem Planungsantrag kann das Globalbudget verändert werden. Planungspostulate sind bis spätestens in der vorletzten Sitzung vor der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans schriftlich und unterzeichnet dem Präsidium oder dem Sekretariat einzureichen. Planungsanträge sind anlässlich der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans zu stellen. Eine Veränderung der finanziellen Mittel löst in der Regel einen Leistungsaus- bzw. abbau aus.

Wichtige Projekte und Bemerkungen zum Aufgabenfeld

Hier werden die wichtigsten Projekte jedes Aufgabenfeldes aufgeführt. Wo nötig gibt es erläuternde Bemerkungen zu den inhaltlichen oder finanziellen Angaben.